

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsort: Radebuden Dreßben
Bismarck-Compassnummer: 25241
Kurz für Adressänderung: Nr. 20011
Schreibleitung u. Druckgeschäft: Dreßben
Dreßben - U. L. Marienstraße 34/35

Bezugspreis vom 18. bis 21. März 1930 bei täglich zweimaliger Auslieferung frei Haus 1.70 RM.
Vollbezugspreis für Monat März 5.40 RM. einl. 96 Pfg. Vollgebühr (ohne Postzuschlaggebühren).
Einzelnnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Werbemaßstab berechnet: Die ein-
seitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für mindestens 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote
ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 20 mm breite Zeile 20 Pfg., außerhalb 25 Pfg.
Chiffrengeld 30 Pfg. Zusätzliche Beiträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Herbig & Reichardt,
Dreßben, Bismarck-Str. 1008 Dreßben
Nachdruck nur mit druckl. Quellenangabe
(Dreßben, Nachdr.) zulässig. Unterliegende
Gesetzblätter werden nicht aufbewahrt

Severings Antwort an Fric

Thüringens offizielle Antwort

Berlin, 21. März. (Sta. Meld.) Die Antwort der thüringischen Staatsregierung auf die Aktion des Reichsinnenministers ist heute morgen in Berlin eingegangen. Ihr Inhalt deckt sich vollständig mit dem vom Kabinett Fric erlassenen, gestern wiedergegebenen „Aufruf an das Thüringer Volk“. Heute vormittag ist diese Antwort sehr eingehend in Besprechungen beim Reichsinnenminister Severing erörtert worden.

Severings „Rechtfertigung“

Berlin, 21. März. Der Reichsminister des Innern hat an das thüringische Staatsministerium in Weimar folgendes Schreiben gerichtet: „Ihr Schreiben vom 20. März, in dem Sie meine Anfrage vom 17. Februar beantworten und zu den Mitteilungen meines Schreibens vom 18. März Stellung nehmen, ist heute früh in meine Hände gelangt.“

Das das letztgenannte Schreiben erst nach seiner Verbreitung durch Mundfunk und Presse bei Ihnen eingegangen ist, bedauere ich.

Das Schreiben ist, wie der Stempel des Einklebungsscheines ausweist, am 18. 3. von 20 bis 21 Uhr bei der Post abgegeben, die Presse aber erst am 19. März mittags benachrichtigt worden. Die Verbreitung durch den Mundfunk habe ich nicht veranlaßt. Wenn Form und Inhalt meines Schreibens Sie außerordentlich bestreuen haben, und wenn Sie mitteilen, daß ein derartiges Vorgehen bisher im Verkehr zwischen Reich und Ländern nicht üblich war, dann habe ich zu erwidern, daß mein Schreiben nur die einzig mögliche Antwort darstellte auf das Vorgehen, das von einem Mitgliede des thüringischen Staatsministeriums beliebt wurde und das in der Tat bisher im Verkehr zwischen Reich und Ländern nicht üblich war. Meine Anfrage vom 17. Februar, die ich durchaus vertraulich behandelt habe, ist nicht nur veröffentlicht worden, sondern Staatsminister Fric hat in einer öffentlichen Versammlung dazu erklärt, daß ich auf eine Antwort lange warten könne. Es würde mich außerordentlich bestreuen, wenn Sie auch nur einen Augenblick dem Gedanken Raum gegeben hätten, daß die Reichsregierung sich eine derartige Behandlung gefallen lassen würde. Daß ein Beschluß des thüringischen Staatsministeriums, mein Schreiben vom 17. Februar nicht zu beantworten, nicht vorlag, hätten Sie Ihrem Mitgliede, Herrn Staatsminister Fric, mitteilen sollen, als Ihnen dessen Volksversammlungsspreche bekannt wurde.

Meine Anfrage war an das thüringische Staatsministerium und nicht an Herrn Fric gerichtet.

Und wenn Herr Fric der Beschlussfassung des Staatsministeriums — wie er es getan hat — vorgriff, dann lag es bei Ihnen, Herrn Fric gegenüber das Erforderliche zu veranlassen. Mir ist nicht bekannt geworden, daß Sie Herrn Fric über die Sachlage belehrt haben, und darum haben Sie mich in die Zwangslage gebracht, das thüringische Staatsministerium mit Herrn Fric zu identifizieren.

Durch die Mitteilung Ihrer Feststellung über den Bund „Adler und Falken“, mit der meine Anfrage vom 17. Februar in der Form nunmehr beantwortet ist, ist zugleich der übliche amtliche Verkehr zwischen dem thüringischen Staatsministerium und meiner Amtsstelle wieder hergestellt.

Soweit im Rest des laufenden Etatsjahres für Thüringen noch Fondsmittel in Betracht kamen, können Zahlungen jedoch nicht mehr geleistet werden, da über die betreffenden Fonds inzwischen restlos verfügt worden ist. Es und inwieweit im nächsten Etatsjahre Mittel aus Fonds meines Ministeriums zur Verfügung gestellt werden können, ist von der Beschlussfassung der gesetzlichen Körperschaften und der weiteren politischen Entwicklung abhängig.

Was die Frage angeht, ob die Voraussetzungen für die Gewährung eines Reichsausschusses für Polizeisache von Seiten des thüringischen Staatsministeriums vorliegen, so erkläre ich mich damit einverstanden, Untersuchungen zur Klärung dieser Frage anzustellen. Als meinen Beauftragten zur Mitwirkung an dieser Untersuchung nach Nummer 7 der Grundzüge benenne ich den Ministerialdirektor Menzel, den Leiter der zukünftigen Abteilung im Reichsministerium des Innern, den Sie von der Anderräumung eines Termins für den Beginn der Untersuchungen gefälligst benachrichtigen wollen.

Bis zum Abschluß der Untersuchungen bleibt es selbstverständlich bei der in meinem Schreiben vom 18. März mitgeteilten Anordnung.

Auf die Ausführungen im Schlußabsatz Ihres Schreibens einzugehen, liegt für mich um so weniger Anlaß vor, als die von Ihnen erwähnten Presseberichte meine Entschuldigungen nicht veranlaßt haben. ges. Severing.“

Diesem drahtet und unsere Berliner Schriftleitung: Der formal zwar korrekte, inhaltlich aber sehr feindschaftlich gehaltene Brief unterzeichnet sich außerordentlich ungeschickt von der ruhigen und sachlichen Darstellung des thüringischen Staatsministeriums. Der Nabelstich hinsichtlich des Kulturfonds, den der Reichsminister an die Länder zu vergeben hat, wird in Weimar scharf jede Wirkung verfehlen, ganz abgesehen davon, daß es sich für das laufende Jahr um kaum mehr als rund 30.000 Mark handelt. Es wäre auch zu fragen, ob es der Würde eines Reichsinnenministers entspricht, mit derzeitigen Kapazitätsbeiträgen

Politik gegen ein Glied des Bundesstaates Deutschlands zu machen. Im übrigen hat sich Severing nun doch gezwungen gesehen, mit Weimar wenigstens notwendige diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Voraussetzlich wird man auch mit Ruhe in der thüringischen Landeshauptstadt der von Severing gewünschten

Untersuchung der Polizeiverhältnisse

entgegensehen. Das Beweisverfahren versucht der Reichsinnenminister dabei immer noch der thüringischen Regierung anzuhängen. Es wird nun die Frage sein, ob man sich darauf in Weimar einläßt, selbst auf die Gefahr hin, daß man einige Zeit hindurch die Polizeizuschüsse nicht ausbezahlt bekommt. Der Angriff ist von Severing ausgegangen. Er mußte das Material, das ihn zu seinen Maßnahmen veranlaßt hat, erst einmal vorbringen. Aber um dieses Material scheint es denkbar schlecht bestellt zu sein. Jetzt soll nun ein Ministerialdirektor aus dem Reichsinnenministerium nach Thuringen in Thüringen selbst ausfindig machen, was Severing selbst allerhöchstens durch sozialdemokratische Funktionäre und wahrscheinlich nur geräthweile vernommen hatte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die thüringische Regierung die Angelegenheit dem Staatsgerichtshof in Form einer Feststellungsforderung unterbreitet. Es wäre dies zweifellos das rich-

tere Forum für eine Untersuchung, die so, wie sie heute geplant ist, der Selbstachtung eines Landes nicht entsprechen kann. Es geht doch nicht an, gewissermaßen einen Ministerialdirektor des Reichsinnenministeriums mit Befugnissen nach Weimar zu entsenden, die diesem praktisch die Stellung eines Reichskommissars einräumen. Das ist eine verächtliche Reichsexekutive, die in dieser Form die Länder in ihrer Gesamtheit zu einer Abwehrstellung veranlassen sollte. Man wird gespannt sein, wie die thüringische Regierung diesen neuen Schlag pariert.

Für Sonntag hat das Reichsbanner Thüringen eine politische Kundgebung in Weimar angelegt. Reichsminister Severing war als Hauptredner vorgesehen und sollte zu der allgemeinen politischen Lage und der thüringischen Frage sprechen. Zweifellos würde die Rede des Reichsinnenministers auf die nun zum äußersten angelegten Differenzen eingeleitet gewesen sein. Innermartig ist aber dieser schon seit Wochen angekündigte

Besuch Severings abgefragt

worden.

Zweifellos würde Severings Auftreten den schweren Konflikt nur noch weiter verschärft haben. Der gestern abend erlassene Aufruf der thüringischen Regierung an die Bevölkerung Thüringens ist das Ergebnis von Erwägungen oder Vorhaben, aus denen klar hervorgeht, daß das Vorgehen Severings in Thüringen mancherlei Beunruhigung hervorgerufen hat. Beispielsweise hört man, daß man in Beamtenkreisen bereits die Befürchtung hegt, die Auszahlung der Ende März fälligen Gehaltszahlungen könnte nicht gewährleistet sein. Solche Befürchtungen dürften jedoch ohne Grund sein.

Auftakt zum Mannheimer Parteitag der Deutschen Volkspartei

Vor entscheidenden Beschlüssen

Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“

Mannheim, 21. März. Dem Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei, der heute in Mannheim beginnt, sieht man diesmal mit ganz besonderem Interesse entgegen. Es ist bekannt, daß in der nächsten Woche der Reichstag die endgültige Entscheidung über das Finanzprogramm der Reichsregierung fällen muß. Die Verhandlungen der Regierungsparteien darüber sind schon seit einiger Zeit auf dem toten Punkt angelangt.

Von den Verhandlungen des Parteitages wird es wesentlich abhängen, ob diese Besprechungen einen neuen Antriebsimpuls und schließlich zu einer Verständigung führen, oder ob der andererseits unvermeidliche Bruch der jetzigen Regierungskoalition im Reich eintritt, der die Inkraftsetzung des Steuerprogramms durch Notverordnung zur Folge haben müßte.

Alle Augen sehen deshalb gespannt auf den Mannheimer Parteitag, der vor folgenreicheren Entscheidungen steht, bei denen es sowohl um die Zukunft der Reichspolitik als auch um die Zukunft der Partei geht.

Von Interesse ist in diesem Zusammenhang der Begründungsartikel, den der badische Landtagsabgeordnete Burger in der „Pfälzischen Rundschau“ veröffentlicht, und in dem es heißt: „Gerade wir aus dem Südwesten des Reiches möchten die kraftvoll führende Art der Deutschen Volkspartei in der Reichsregierung nicht vermissen, und nur dann ist für unsere Auffassung der Augenblick des Auscheidens der Deutschen Volkspartei aus dieser Regierung gekommen, wenn keine Hoffnung besteht, mit den beiden anderen großen Parteien der deutschen Wirtschaft Arbeit und damit vielen unglücklichen deutschen Arbeitlosen wieder Arbeit, Verdienst und Lebensfreude zurückzugeben.“ Das Mannheimer Parteiprogramm, die „Neue Mannheimer Zeitung“, bringt in ihrem Begründungsartikel zum Ausdruck, daß die Partei zusammengehalten werden müsse und nicht durch Experimente gefährdet werden dürfe, die, wie das preussische Beispiel beweise, sich als Fehlschläge erwiesen. „Vom Verlauf der heutigen Sitzung des Zentralvorstandes“, so heißt es weiter, „wird es abhängen, ob wir morgen zur Begründung des Parteitages eine Mahnung oder einen Glückwunsch aussprechen können. Wenn man sich, wie wir bestimmt erwarten,

auf der Gindenburglinie findet, wird dieser Glückwunsch um so aufrichtiger und herzlicher ausfallen.“

Der Andrang zum Parteitag ist angesichts der politischen Lage diesmal besonders stark. Alle Wahlkreise haben starke Vertretungen entsandt. Die Reichsminister Dr. Moldenhauer und Dr. Curtius, von denen der letztere seinen Erholungsurlaub in Locarno unterbrochen hat, sind bereits in Mannheim eingetroffen. Die Parteitagveranstaltungen wurden am Freitag durch die Sitzung des Zentralvorstandes eingeleitet, an die sich am Sonnabend der eigentliche Parteitag anschließt. Auf beiden Tagungen ist Gelegenheit zu eingehender Aussprache gegeben. Auf dem Parteitag ist diesmal nur ein einziges Referat vorgesehen, das der neue Parteiführer, Reichsminister a. D. Dr. Scholz, erhalten wird. Geleitet wird der Parteitag wie alle bisherigen Parteitage der Deutschen Volkspartei von Geheimrat Dr. Kahl.

Der Zentralvorstand

Der Deutschen Volkspartei trat am Freitagvormittag in dem einst zum kurfürstlichen Schloß gehörigen Ballhaus zusammen. Der Besuch war so stark, daß der verarmte Zentralvorstand bereits den Eindruck des Parteitages machte. Nicht nur die Zentralvorstandsmitglieder waren ausnahmslos aus allen Teilen des Reiches erschienen, sondern auch die Fraktionen der Deutschen Volkspartei aus dem Reichstag, dem Preussischen Landtag und den übrigen Ländern waren stark vertreten. Die Minister Dr. Moldenhauer und Dr. Curtius nahmen gleichfalls an den Verhandlungen teil. Der Parteivorstand

Dr. Scholz eröffnete die Sitzung

und begrüßte besonders unter lebhaftem Beifall die Witwe des nationalliberalen Führers Basser mann, dessen Denkmal am Sonntag in Mannheim enthüllt werden wird. In seinem Ueberblick über die politische Lage betonte Dr. Scholz, daß die Partei mit Ueberzeugung der Außenpolitik ihres unvergeßlichen Führers Dr. Stresemann gefolgt sei, und daß auch die innenpolitischen Ziele, für die sie jetzt kämpfe, rein sachlicher Natur seien. Zentralvorstand und Parteitag händten unter der

Erinnerung an den großen Nationalliberalen Basser mann.

(Bei Schluß der Redaktion dauert die Verhandlung fort)

Befriedigende Geschäftslage der Reichspost

Berlin, 21. März. Dem Reichstag ist vom Reichspostministerium soeben ein Tätigkeitsbericht für 1929 vorgelegt worden. Aus ihm geht hervor, daß das letzte Jahr im Zeichen des weiteren Ausbaues der in Organisation, Verwaltung und durchgeführten Reformmaßnahmen stand. Der Selbstanschlusbetrieb machte gute Fortschritte. Ende 1929 waren 45 v. D. aller Hauptanschlüsse selbsttätig betrieben. Im Rahmen der Betriebsbedürfnisse konnten umfangreiche Leistungsaufträge an die allgemeine Wirtschaft vergeben werden. Die Bestrebungen der Reichsregierung auf wirtschaftliche Berücksichtigung des deutschen Ostens, sowie der besetzten und der sonstigen Grenzgebiete wurden durch Vergabe von namhaften Aufträgen wirksam unterstützt. Die Verteilungsabläufe lassen erkennen, daß das weitere Abstreifen der Konjunkturen die Verkehrsentwicklung der Deutschen Reichspost im Jahre 1929 noch nicht wesentlich beeinflusst hat. Der Gesamtverkehr hat sich vielmehr im allgemeinen zufriedenstellend entwickelt. Im gewöhnlichen Briefverkehr ist eine leichte Abmilderung eingetreten. In allen übrigen Dienstweigen liegen die Verkehrszahlen durchweg höher als im gleichen Zeitraum 1928.

Falsche Gerüchte über die Saarverhandlungen

Drahtbericht unseres Pariser Korrespondenten

Paris, 21. März. Die in Berlin von sozialistischer Seite verbreitete Nachricht, die Franzosen hätten den Reichsgeratschen Vorschlag auf Uebertragung des Saargebirgsgebietes an eine Privatgesellschaft als Verhandlungsgrundlage angenommen, wird hier weder von französischer noch von deutscher Seite bestätigt.

Am die Nachfolge Dr. Kösters

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 21. März. Zu den Presseberichten, daß als Nachfolger des verstorbenen Geheimrat Dr. Köster in Weimar in erster Linie der gegenwärtige Gelehrte in Kopenhagen, Herr v. Pössel, der Schwiegerohn Erwin, in Frage kommt, wird von zureichender Stelle mitgeteilt, daß es im diplomatischen Verkehr nicht üblich sei, sich amtlich zu äußern, ehe nicht eine Ernennung selbst vorliegt.